

Anlage 3

Betreff: WG: Anregung nach § 24 GO NRW: Hier: Sach- und Dienstleistungen

Vor: 15794000

Gesendet: Donnerstag, 15. September 2011 13:33

An: Kordfelder, Dr. Angelika

Betreff: Anregung nach § 24 GO NRW: Hier: Sach- und Dienstleistungen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

die Finanzlage der Stadt Rheine bedarf alle Aufwendungen und Erträge mit dem Ziel einer umfassenden Haushaltskonsolidierung auf dem Prüfstand zu stellen, denn die Stadt Rheine lebt über ihre Verhältnisse.

Leider hat die Politik bislang nicht alle Konsolidierungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Herr Deventer hat als Vorsitzender der CDU Fraktion jüngst die Bereitschaft zum Sparen bei den Sachmitteln für die Produkte Städtepartnerschaft, Verkehrsverein etc. artikuliert (vgl. bitte unten angeführte Pressemitteilung der Münsterschen Zeitung zur HFA Sitzung vom 13. September 2011).

Der beschlossene, aber noch nicht genehmigte Haushaltsplan der Stadt Rheine, zeigt folgende Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Jahr 2011 auf (in der Klammer sind die Rechnungsergebnisse des Jahres 2009 angeführt):

Sonderbereich 0:	205.692 Euro	(206.784,90 Euro)	
Fachbereich 1:	3.448.027 Euro	(4.040.589,43 Euro)	
Fachbereich 2:	519.318 Euro	(669.861,97 Euro)	
Fachbereich 3:	445.420 Euro	(408.664,03 Euro)	Steigerung: 36.755,97 Euro
Fachbereich 4:	243.000 Euro	(103.280,41 Euro)	Steigerung: 139.719,59 Euro
Fachbereich 5:	21.157.836 Euro	(19.073.625,52 Euro)	Steigerung: 2.084.210,48 Euro
Fachbereich 7:	151.000 Euro	(200.795,75 Euro)	

Insofern ist festzustellen, dass in den Fachbereichen 3, 4 und 5 eine teils erhebliche Steigerung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gegenüber dem Rechnungsergebnis 2009 für das Haushaltsjahr 2011 zu verzeichnen ist.

Insofern rege ich nach § 24 GO NRW an, der Politik eine Entscheidungsvorlage mit dem Ziel zu unterbreiten, dass ein möglichst großer Teil der Steigerungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in den Fachbereichen 3, 4 und 5 gegenüber dem Rechnungsergebnis 2009 und dem Haushaltsansatz 2011 konsolidiert werden.

Beste Grüße

48432 Rheine

15.09.2011

14.09.2011 Bürgervertretung: Keine Zusammenlegung von Ratsgremien

Rheine Eine deutliche Abfuhr fing sich die Stadtverwaltung für ihren Vorschlag ein, die Zahl der Ratsgremien zu reduzieren, die Ausschüsse personell zu verschlanken und weniger Sachkundige Bürger in die Gremien zu berufen. Der Hauptausschuss votierte mehrheitlich gegen die Sparpläne aus dem Rathaus. Von Dieter Hüge sive Huwe

Der Ausschuss beschäftigte sich in seiner Sitzung am Montag mit den Vorschlägen. Hintergrund war bei allen das Thema Haushaltskonsolidierung. Knapp 20 000 Euro sollten durch die Straffung jährlich eingespart werden. Ein klares Nein gab es aus der Union zu der vorgeschlagenen Zusammenlegung von Ausschüssen. CDU-Fraktionschef Horst Deventer sähe es lieber, wenn statt dessen bei den Sachmitteln für die Bereiche Städtepartnerschaft, Verkehrsverein etc. gekürzt würde. Dort solle die Verwaltung lieber nach Potenzialen suchen, sagte er.

Udo Mollen (SPD) warnte, die Sachkunde aus der Mitte der Bürgerschaft nicht mehr so einzufordern wie bisher. Dem Argument der Verwaltung, dass für jeden dieser Sachkundigen Bürger pro Sitzung 26,50 Euro Sitzungsgeld zu veranschlagen seien, hielt er entgegen, dass das Engagement dieser Bürger notwendig sei - nicht zuletzt auch, um politisch interessierten Nachwuchs für die Ratsarbeit zu interessieren.

AFR-Fraktionschef Rainer Ortel bezeichnetete es als "verheerend" wenn "während der Fahrt", also während der Legislaturperiode, umstrukturiert werde.

Michael Reiske von den Grünen hingegen konnte sich die Zusammenlegung etwa des Bau- und des Planungsausschusses durchaus vorstellen: "Mich wundert schon sehr, dass die Politik nicht bereit ist, sich mehr zurückzunehmen."

Mit einem Sparvorschlag konnte sich der Ausschuss einstimmig anfreunden. Die Pauschale von 25 Euro, die jedes Ratsmitglied für die Nutzung des Internet-Infosystems "Session" bekommt, soll auf 15 Euro monatlich reduziert werden. Für ihren Vorschlag, diesen Pauschalbetrag auf Null zu fahren, fand die SPD keine Unterstützung.